



## Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Haupt

Telefon: (0221) 0221/221-29580

Fax: (0221) 0221/221-29166

E-Mail: Simone.Haupt@STADT-KOELN.DE

Datum: 21.06.2018

## Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 07.05.2018, 15:00 Uhr bis 17:25 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

## Anwesend waren:

### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Ibrahim Alici	CI
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Turan Özkücük	TSD
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Ibrahim Toure	LiL
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

## Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Öznur Naz Der Paritätische Wohlfahrtsverband  
Herr Claus-Ulrich Pröbß Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

## Verwaltung

Herr Dr. Lothar Becker Verwaltung - Ausländerbehörde (323)  
Frau Simone Haupt Verwaltung - Geschäftsstelle Integrationsrat (5001/1)  
  
Frau Susanne Kremer-Buttkereit Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)  
  
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau Verwaltung - Beigeordneter Dezernat V  
Frau Nina Rehberg Verwaltung - Diversity (5001)  
Herr Andreas Vetter Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat (5001/1)

## Presse

## Zuschauer

## Entschuldigt fehlen:

## Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek TSD Entschuldigt!  
Frau Ebru Coban KL Entschuldigt!  
Frau Jaklin Chatschadorian CI  
Herr Mehmet Akif Ayata Mevlana Entschuldigt!  
Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN Entschuldigt!  
Herr Ahmad El Masri BIG Entschuldigt!  
Herr Lilli Licco LiL Entschuldigt!  
Herr Prof. Klaus Schäfer SPD Entschuldigt!  
Frau Monika Schultes SPD Entschuldigt!

## Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Yadigar Arslan Seniorenvertretung Entschuldigt!  
Frau Saskia Dieke Arbeitgeberverband KölnMetall Entschuldigt!  
Frau Martina Domke Diakonisches Werk Entschuldigt!  
Frau Petra Hovi Agentur für Arbeit Entschuldigt!  
Frau Monika Kuntze Caritasverband für die Stadt Köln Entschuldigt!  
Herr Michael Sewenig Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V. Entschuldigt!  
  
Herr Erkan Zorlu Deutscher Gewerkschaftsbund Entschuldigt!

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis eröffnet die Sitzung und begrüßt die Integrationsratsmitglieder sowie die anwesenden Gäste. Er entschuldigt zunächst den Vorsitzenden Herrn Keltek.

Weiter teilt er mit, dass Jaklin Chatschadorian (CI) zurückgetreten sei. Als Nachfolger begrüßt er Herrn Ibrahim Alici und verpflichtet ihn als neues Integrationsratsmitglied.

Herr Alici bedankt sich und stellt sich kurz vor. Er sei Mitglied der syrisch-orthodoxen Kirchengemeinde in Köln (Aramäer), verheiratet und habe zwei Kinder. Beruflich sei er als KfZ-Sachverständiger tätig. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit im Integrationsrat.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis informiert vor Eintritt in die Tagesordnung über den Antrag von IRM Herrn Bayrakcioglu als Akt der Solidarität mit den jüdischen Kölner\*innen ein gemeinsames Foto vor dem Rathaus mit Kippa aufnehmen zu lassen. Herr Edis führt weiter aus, dass seitens der Koordinierungsrunde stattdessen der Besuch einer Delegation von Integrationsratsmitgliedern in der Synagogengemeinde zum Dialog und Austausch vorgeschlagen wird.

Darüber hinaus kündigt Herr Edis an, dass Herr Dr. Becker über die Neuorganisation der Ausländerbehörde (jetzt Ausländeramt der Stadt Köln) informieren wird und begrüßt den neuen Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, Herrn Glaremin.

Anschließend verliest der Vorsitzende Herr Edis die Tagesordnungspunkte, die nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen wurden:

TOP 3.2 Beantwortung einer Anfrage zum Stadtteilmütter Projekt

Nach TOP 4.1 Beantwortung zur Anfrage Hausverbote im Jugend- und Gemeinschaftszentrum Glashütte

Nach TOP 4.2 Beantwortung der Anfrage zur Beteiligung des Integrationsrates

Nach TOP 4.3 Konsequenzen der Missachtung der Beteiligungsrechte des Integrationsrates

TOP 5.5 Mitteilung zur Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt

TOP 5.6 Mitteilung 20. Bericht zur Situation Geflüchteter

TOP 5.7 Mitteilung über die Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Förderung von Interkulturellen Zentren

TOP 5.8 Mitteilung über eine Stellungnahme zum Änderungsantrag des Integrationsrates über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bi-lingualen Gruppen in Kindertageseinrichtungen

TOP 5.9 Mitteilung zur Zahlung von Sitzungsgeld und einer pauschalierten Aufwandsentschädigung

TOP 5.10 Mitteilung Thema Flüchtlingsunterbringung

TOP 8.3 Beschlussvorlage zur Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II

Die Verwaltung teilt ferner mit, dass versehentlich wurde unter TOP 8.1 und TOP 8.2 dieselbe Beschlussvorlage auf die Tagesordnung genommen wurde – TOP 8.2 wird deshalb zurückgezogen.

Herr Keltek als Anfragersteller zu TOP 3.1 Standort NSU-Mahnmal bittet um Vertagung auf die nächste Sitzung. Da sich auch TOP 5.3 mit dem Thema befasst, wird vorgeschlagen, beide TOP'S in der Junisitzung zu behandeln.

Er schlägt weiter vor, dass TOP 5.9 und TOP 5.10, die sehr kurzfristig auf die Tagesordnung genommen wurden, auf die nächste Sitzung zu verschieben, um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen zu gewährleisten.

IRM Herr Özküçük bittet darum, den TOP 4.3 aus demselben Grunde auf die nächste Sitzung zu verschieben.

RM Herr Erkelenz erkundigt sich, ob der Vorlage zu TOP 8.3 ein Hinweis auf Dringlichkeit über die am Ende aufgeführte Dringlichkeitsbegründung hinaus fehle.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit antwortet, dass dies nicht der Fall sei, da die Vorlage nur für die Aufnahme in die Integrationsratssitzung verfristet gewesen sei. Alle anderen Ausschüsse würden fristgerecht erreicht. Es handele sich nicht um eine Dringlichkeitsentscheidung als solche.

RM Frau Tokyürek bittet darum, den TOP 6.2 auf die nächste Sitzung zu verschieben. Zum einen sei die Neubesetzung eines/r stellvertretenden Vorsitzenden nach Frau Chatschadorians Rücktritt zu veranlassen. Auch sei die dauerhafte Stellvertretung von Frau Coban nochmals zu thematisieren. Da die Sprecher der Arbeitskreise mit den Stellvertretern abgestimmt sein sollten, bittet sie um Vertagung des TOP.

IRM Herr Litvinov bittet darum, den TOP 4.1 ebenfalls aus Gründen der sehr kurzfristigen Aufnahme auf die Tagesordnung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

RM Herr Yurtsever meldet für den TOP 6.1 Beratungsbedarf an und bittet ebenfalls um Verschiebung.

RM Frau Hoyer regt an, die Vorlage auch dem Schulausschuss zur Kenntnis zu geben.

Der Vorsitzende Herr Edis merkt an, dass der Antrag zuerst im Integrationsrat, in dem er auch gestellt wurde, beschlossen werden solle und erst anschließend anderen Ausschüssen zur Kenntnis gegeben werden solle.

Der Vorsitzende Herr Edis lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig beschlossen.

Anschließend stellt Herr Dr. Becker, das neue Ausländeramt vor.

Herr Dr. Becker erläutert, dass die ehemalige Ausländerbehörde seit 01.05.2018 organisatorisch und auch räumlich vom Amt für öffentliche Ordnung getrennt worden und seitdem als Ausländeramt im Gebäude Dillenburger Straße 58-60 in Köln-Kalk zu finden sei. Das Amt hat 490 Mitarbeiter\*innen an zehn verschiedenen Standorten (zentral in der Dillenburger Straße 58-60 sowie dezentral in den Bürgerämtern als Bezirksausländerämter). Das Amt umfasse nicht nur die kommunale Ausländerbehörde, sondern auch die zentrale Ausländerbehörde als Landeseinrichtung, die sich vorwiegend mit Registrierung in Erstaufnahme-Einrichtungen sowie Rückführungsfragen befasse. Herr Dr. Becker stellt die aktuellen Fallzahlen der Duldungen, Aufenthaltserlaubnisse, Einbürgerungen nebst hierfür notwendiger Vorsprachen sowie der Entwicklung der Herkunftsnationalitäten in Köln vor.

Die interne Organisation beinhalte die Aufteilung der früheren zwei Abteilungen in nun vier Abteilungen. Zunächst gebe es die „interne Verwaltungsabteilung“, die sich mit IT, Personal und Grundsatzangelegenheiten befasse. Zwei weitere Abteilungen („Migration“ und „Integration“) beschäftigen sich mit ausländerrechtlichen Verfahren. In der Abteilung „Migration“ gehe es um alle Belange der Statusklärung, d. h. um laufende Asylverfahren, befristete Aufenthaltserlaubnisse sowie Menschen mit dem Status der Duldung.

Die Abteilung „Integration“ beschäftige sich mit der Statusvertiefung und umfasse alle Bereiche, die diejenigen Menschen betreffe, die dauerhaft in Köln lebten (z. B. Menschen mit Niederlassungserlaubnis, Sprachkursvermittlung sowie Einbürgerungen).

Für die Bezeichnungen „Migration und Integration“ habe man sich entschieden, da diese wesentlich leichter zu verstehen seien als „Statusklärung“ bzw. „-vertiefung“ (frühere Bezeichnungen).

In der vierten Abteilung „Rückführung“ seien die Bereiche kommunales Rückführungsmanagement sowie die zentrale Ausländerbehörde gebündelt. Zum besseren Verständnis verweist er auf das Organigramm der Präsentationsfolien.

Als Ziel des Amtes benennt er die Erteilung von Bleiberechten für Menschen, die hier lebten und sich integrieren wollten, aber auch die konsequente Rückführung von Straftätern, Gefährdern und Integrationsverweigerern.

Insbesondere werde daran gearbeitet, die Verfahrensabläufe zu verkürzen und die Besuchersteuerung zu verbessern.

IRM Herr Vallecoccia erkundigt sich, ob Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit bei den Datenangaben mit berücksichtigt seien. Darüber hinaus rät er dazu, statt der Bezeichnungen „Migration“ und „Integration“ andere Begriffe, evtl. gesetzliche Fachbegriffe, zu verwenden, die weniger missverständlich seien.

Herr Prölß fragt, ob tatsächlich rd. 40 % aller Mitarbeiter\*innen des neuen Ausländeramtes im Bereich Rückführung arbeiteten. Ferner äußert er den Wunsch nach einer Übersicht, die nicht nur die einzelnen Herkunftsgruppen und ihren jeweiligen Aufenthaltsstatus wiedergebe, sondern auch zusätzlich deren jeweiligen Aufenthaltszweck, beispielsweise im Rahmen der Statistischen Jahresberichte.

Die Verwaltung Herr Dr. Becker bestätigt, dass Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit nicht in den Datensätzen erfasst würden, da sie u. a. die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen.

Er erläutert nochmals, dass die früheren Abteilungen der Ausländerbehörde „Statusklärung“ und „Statusverfestigung“ hießen. Das Feedback seiner Mitarbeiter\*innen habe ergeben, dass diese Begriffe für die Bürger\*innen sehr schwer zu verstehen seien und die Begriffe „Migration“ und „Integration“ auch bereits bei Übersetzungen ins Englische (z. B. am Infopoint) synonym verwendet würden. Er sei jedoch für Alternativvorschläge, die zu einem besseren Verständnis führten, offen.

Zu den genannten 40 % der Mitarbeiter\*innen, die mit dem Bereich Rückführung betraut seien, zählten auch die Mitarbeiter\*innen der zentralen Ausländerbehörde des Landes NRW. Da das Land NRW plane, auch in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster zentrale Ausländerbehörde zu eröffnen, würden künftig Aufgaben an diese Standorte abgegeben und die zentrale Ausländerbehörde Kölns personell reduziert.

Für das neue Ausländeramt sei für die Zukunft ein halbjährliches Berichtswesen geplant.

RM Frau Hoyer erkundigt sich, welche Inhalte die e-Akte habe.

Die Verwaltung Herr Dr. Becker erläutert, dass das vorrangige Ziel der e-Akte die Digitalisierung der vorhandenen Unterlagen (ca. 220.000 Akten) sei. Zukünftig werde stadtweit eine einheitliche Dokumenten-Software für alle Dienststellen verwendet. Das Ausländeramt sei eines der ersten Ämter, in dem diese verwendet werde.

RM Herr Karaman fragt an, ob man künftig die derzeitige Wartezeit auf einen Termin zur Einbürgerung von ca. 6 Monaten verkürzen könne.

Die Verwaltung Herr Dr. Becker erläutert das zweistufige Verfahren. Einen ersten Termin zur Beratung bekomme man kurzfristig, die Antragsannahme und –

bearbeitung nehme jedoch zum Teil längere Zeit in Anspruch. Dies solle künftig durch eine Modifizierung der Arbeitsabläufe verbessert werden.

IRM Herr Vallecoccia musste aufgrund des Anfangsbuchstabens seines Nachnamens lange auf einen Termin zur Einbürgerung warten. Er möchte wissen, ob dies künftig anders gehandhabt werden könne, um die Wartezeiten für alle gerechter zu gestalten. Auch möchte er wissen, ob die Möglichkeit der Online-Terminvergabe bestehe.

Die Verwaltung Herr Dr. Becker teilt mit, dass beides zukünftig geändert bzw. ermöglicht werden solle.

RM Herr Joisten fragt, ob es für Briten, die sich einbürgern lassen möchten, ein gesondertes, evtl. beschleunigtes Verfahren gebe.

RM Frau Tokyürek möchte wissen, ob Daueraufenthaltskarten für EU-Bürger\*innen auch über das Ausländeramt zu beziehen seien und ob es eine Abstimmung mit dem Job-Center gebe.

Die Verwaltung Herr Dr. Becker beantwortet beide Fragen von Frau Tokyürek mit Ja. Zur Frage von Herrn Joisten teilt er mit, dass es kein gesondertes Verfahren gebe und nur in begründeten Einzelfällen eine beschleunigte Bearbeitung erfolge.

Der Vorsitzende Herr Edis bedankt sich bei Herrn Dr. Becker für die ausführliche Vorstellung des neuen Amtes und leitet über zur Tagesordnung.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
  - 3.1 Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Tayfun Keltek, vom 16.02.2018 betreffend des künftigen Standortes des Denkmals zu den NSU-Anschlügen (AN/0232/2018)  
1147/2018
  - 3.2 Beantwortung einer Anfrage zur Entwicklung des Stadtteilmütter-Projekts in Mülheim, Beantwortung der Anfrage der CD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat gem. § 4 der GeschO des Rates CDU (AN/0248/2018)  
1009/2018
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
  - 4.1 Anfrage zu Hausverboten im Jugend- und Gemeinschaftszentren Glashütte in Köln-Porz  
AN/0630/2018

Beantwortung zur Anfrage Hausverbote im Jugend- und Gemeinschaftszentrum Glashütte in Köln Porz für Jugendliche aus benachbarten Wohnsiedlungen  
1391/2018

- 4.2 Anfrage zur Beteiligung des Integrationsrates  
AN/0626/2018

Beantwortung einer Anfrage zur Beteiligung des Integrationsrates -  
AN/0626/2018  
1403/2018

- 4.3 Anfrage zu Konsequenzen der Mißachtung der Beteiligungsrechte des Integrationsrates  
AN/0627/2018

Konsequenzen der Mißachtung der Beteiligungsrechte des Integrationsrates -  
AN/0627/2018  
1452/2018

## **5 Mitteilungen**

- 5.1 Darstellung der Sparten, hier: Popkultur  
1078/2018

- 5.2 Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels  
1218/2018

- 5.3 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/0962/2017 gleichzeitig Beantwortung der mündlichen Anfrage vom 05.12.2017  
0598/2018

- 5.4 Ressourcenmanagement zur Unterbringung Geflüchteter - Sachstand I. Quartal 2018  
1192/2018

- 5.5 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt  
1427/2018

- 5.6 20. Bericht zur Situation Geflüchteter  
1354/2018

- 5.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Förderung von Interkulturellen Zentren aus dem Ausschusses für Soziales und Senioren vom 30.01.2018  
1093/2018

- 5.8 Stellungnahme zum Änderungsantrag des Integrationsrates AN/0563/2018 über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Gruppen in Kindertageseinrichtungen  
1450/2018
- 5.9 Zahlung von Sitzungsgeld und einer pauschalieren Aufwandsentschädigung gem. § 33 GO (AN/0324/2018)  
1073/2018
- 5.10 Thema Flüchtlingsunterbringung  
1335/2018
- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6.1 Antrag zum Eckpunktepapier zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen  
AN/0624/2018
- 6.2 Antrag zur Neubesetzung des Postens einer Sprecherin / eines Sprechers im AK 1 – Kultur und Sport  
AN/0625/2018
- 7 Berichte**
- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)
- 8 Beschlussvorlagen**
- 8.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss  
0482/2018
- 8.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss  
0482/2018
- 8.3 Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II  
1283/2018

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## I. Öffentlicher Teil

- 1 **Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 **Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Tayfun Keltek, vom 16.02.2018 betreffend des künftigen Standortes des Denkmals zu den NSU-Anschlägen (AN/0232/2018) 1147/2018**

Die Beantwortung der Anfrage wurde zurückgestellt.

- 3.2 **Beantwortung einer Anfrage zur Entwicklung des Stadtteilmütter-Projekts in Mülheim, Beantwortung der Anfrage der CD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat gem. § 4 der GeschO des Rates CDU (AN/0248/2018) 1009/2018**

RM Frau Heuser möchte wissen, ob es bei den Stadtteil-Elternprojekte fließende Übergänge ohne Lücken auch während der Zeiten gebe, in denen neue Stadtteil-Eltern ausgebildet würden und ob bestehende Netzwerke erhalten blieben und weiter genutzt werden könnten.

IRM Frau Giurano erkundigt sich, welche Sprachen von den zukünftigen Stadtteilmüttern bzw. –eltern gesprochen würden (anteilig in Prozenten ausgedrückt). Weiter möchte sie wissen, warum dieses Projekt nur in Mülheim und Chorweiler erweitert werde solle und nicht auch in Ehrenfeld und/oder Kalk und ob die Zielgruppe auch neuzugewanderte Bulgaren, Rumänen und Albaner umfasse.

RM Frau Heuser erläutert zur Anfrage, dass es in vielen Sozialräumen das Projekt Stadtteilmütter gebe. Bei dem von ihr in Bezug genommenen Projekt befänden sich die Frauen in einem Angestelltenverhältnis. Dies wurde drastisch reduziert auf 4 Stellen. Die Beantwortung der Anfrage beziehe sich auch auf dieses Projekt.

IRM Frau Maleki fragt, ob die Stadteileltern, die in einem 6-monatigen Crash-Kurs geschult würden, im Anschluss lediglich eine Lotsenfunktion hätten oder sozialpädagogische Familienberatung leisten sollten.

Die Verwaltung Herr Glaremin stellt sich als neuer Leiter des Jugendamtes vor. Er erläutert, dass CSH für Christliche Sozialhilfe Köln e. V. stehe. Er teilt mit, dass die vorliegende Besonderheit des Projekts, wie von Frau Heuser bereits erwähnt, das Angestelltenverhältnis der Stadtteilmütter sei und dass dieses Projekt ausgeweitet werden solle.

Aufgabe der Stadtteilmütter bzw. –eltern sei lediglich die Begleitung in das System als sog. Lotsen, eine sozialpädagogische Beratung sollte und könnte von ihnen nicht geleistet werden.

Zur Frage nach den Sprachkompetenzen könne er derzeit keine Auskunft geben, diese Informationen würden sich aber dem folgenden Bericht über das Projekt entnehmen lassen.

RM Frau Tokyürek fragt nach, ob die Ausbildungszeiten als Stadtteilleitern auf die Qualifizierung als Sozialassistent/in ggf. anteilig angerechnet werden könnten.

Die Verwaltung Herr Glaremin antwortet auf die Frage nach der Ausweitung in den Stadtteilen Ehrenfeld und Kalk, dass eine Ausweitung im Rahmen des Projekts „Starke Veedel“ für alle 11 Sozialräume Kölns im Raum stehe, Ehrenfeld und Kalk seien daher zunächst nicht mit berücksichtigt. Wenn die Ausweitung des Projekts inklusive Refinanzierung über EU-Mittel aber gut funktioniere, spreche nichts gegen eine Ausweitung auch auf die genannten Stadtteile.

Die Anrechnung von Ausbildungszeiten für das Stadtteilmütter-Projekt sei derzeit nicht möglich, dieser Aspekt werde aber geprüft.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

##### **4.1 Anfrage zu Hausverboten im Jugend- und Gemeinschaftszentren Glashütte in Köln-Porz AN/0630/2018**

**Beantwortung zur Anfrage Hausverbote im Jugend- und Gemeinschaftszentrum Glashütte in Köln Porz für Jugendliche aus benachbarten Wohnsiedlungen  
1391/2018**

Die Beantwortung der Anfrage wurde zurückgestellt.

##### **4.2 Anfrage zur Beteiligung des Integrationsrates AN/0626/2018**

**Beantwortung einer Anfrage zur Beteiligung des Integrationsrates -  
AN/0626/2018  
1403/2018**

IRM Herr Özküçük teilt mit, dass der Integrationsrat nach § 22 der Hauptsatzung der Stadt Köln in wichtigen Angelegenheiten, die die Interessen der Kölner Migrantinnen und Migranten betreffen, zu informieren und vor der Beschlussfassung durch den Rat zu beteiligen sei.

Er stellt fest, dass hierbei seitens des Jugendamtes ein Ermessenspielraum ausgeübt werde, mit dem er nicht einverstanden sei. Er weist auf ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Integrationsrates und der Beigeordneten von Dezernat IV hin, in dem vereinbart wurde, dass der Integrationsrat grundsätzlich in den o. g. Angelegenheiten, insbesondere denen des Jugendamtes, zu beteiligen sei. Er zählt beispielhaft einige Vorlagen auf, bzgl. derer keine Beteiligung erfolgte.

IRM Herr Vallecoccia bestätigt, dass hinsichtlich der Vorlage zur Einrichtung neuer bilingualer Kitas keine Beteiligung durch den Integrationsrat erfolgt sei. Es erfolgte lediglich eine Mitteilung nach Beschlussfassung. Er bittet um Erläuterung.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau bietet an, diesen Sachverhalt mit der Beigeordneten des Dezernates IV, Frau Dr. Klein zu besprechen.

IRM Herr Özküçük regt an, Herrn Keltok als Vorsitzenden einzubeziehen.

Die Verwaltung Herr Glaremin entschuldigt sich dafür, dass eine Beteiligung des Integrationsrates bei der Beschlussfassung zu den Richtlinien für mehrsprachige Kitas nicht erfolgt sei.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**4.3 Anfrage zu Konsequenzen der Mißachtung der Beteiligungsrechte des Integrationsrates  
AN/0627/2018**

**Konsequenzen der Mißachtung der Beteiligungsrechte des Integrationsrates - AN/0627/2018  
1452/2018**

Die Beantwortung der Anfrage wurde zurückgestellt.

**5 Mitteilungen**

**5.1 Darstellung der Sparten, hier: Popkultur  
1078/2018**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.2 Selbstbeteiligung bei der Unterbringung von Geflüchteten in Hotels  
1218/2018**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.3 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/0962/2017 gleichzeitig Beantwortung der mündlichen Anfrage vom 05.12.2017  
0598/2018**

Die Beantwortung einer Anfrage wurde zurückgestellt.

**5.4 Ressourcenmanagement zur Unterbringung Geflüchteter - Sachstand I. Quartal 2018  
1192/2018**

IRM Herr Abeke möchte wissen, ob die in der Tabelle genannten 5 mobilen Wohneinheiten auch über abgeschlossene Küchen- und Sanitärbereiche verfügen.

Ferner fragt er, ob durch die geringere Belegung als baurechtlich max. zulässig den Bewohner\*innen mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt werde.

Weiter bittet er um Information, welcher Art die Sanierungsmaßnahmen der Standorte Bonner Str. und Boltens Sternstraße seien und ob sie zu einer Verbesserung der Wohnqualität führten.

RM Frau Heuser fragt, ob die Plätze, die als Reserve vorgehalten würden (373 Plätze) mit den Plätzen mit geringem Qualitätsstandard (289 Plätze) abgeglichen und evtl. so umorganisiert werden könnten, dass die Plätze mit geringem Qualitätsstandard wegfallen könnten.

Sie möchte weiter wissen, ob die auf Seite 3 unter IV genannten Einheiten in konventioneller Bauweise tatsächlich wie beschrieben nicht öffentlich gefördert würden.

Sie schlägt vor, das Bonotel voll zu belegen, um die teurere Unterbringung in Beherbergungsbetrieben zu reduzieren.

Die Verwaltung Frau Adams teilt mit, dass die künftig gebauten ‚Mobilen Wohneinheiten‘ dem Standard von abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigener Küche und Sanitärbereichen entsprächen.

Aufgrund der sinkenden Flüchtlingszahlen soll die enge Belegung in bestimmten Wohnheimen und Hotels künftig entzerrt werden, um die Qualität der Unterkünfte zu verbessern.

Es sei geplant, die derzeitige Notunterkünfte Boltens Sternstraße und Bonotel während des laufenden Betriebs zu Wohnunterkünften umzubauen, um künftig keine Gemeinschaftsverpflegung, sondern Gemeinschaftsküchen anbieten zu können. Die Zimmer im Bonotel – ein ehemaliges Hotel - verfügen bereits über eigene Sanitärbereiche. Im Objekt Boltens Sternstraße würden auch Sanitärbereiche geschaffen, um mehr Privatsphäre zu schaffen.

Auf Frau Heusers Vorschlag, die Reserveplätze zu nutzen, um die Unterkünfte mit geringem Qualitätsstandard nicht weiter nutzen zu müssen, erklärt sie, dass mit dieser Maßnahme kein Vorteil für die Bewohner\*innen verbunden sei.

Die Verwaltung Frau Adams nimmt Bezug auf den 20. Bericht „Situation Geflüchteter in Köln“ und erklärt, dass derzeit noch immer Gebäude nur für Geflüchtete benötigt würden, die zwar in konventioneller Bauweise, jedoch ohne öffentliche Förderung errichtet würden. Nur ohne öffentliche Förderung könne das Wohnungsamt bestimmen, welche Klientel in die Gebäude einziehen könne. In die öffentlich geförderten Gebäude könnten gem. Drittelbelegung alle Personen mit WBS einziehen, der von jedermann beantragt werden könne, d. h. auch von Geflüchteten, diese Wohneinheiten seien aber nicht ausreichend.

Durch die Sanierung im Bonotel fielen einige Zimmer weg, so dass dieses quasi voll belegt sei.

RM Herr Joisten fragt, ob seitens des Wohnungsamtes geplant sei, künftig schneller mehr Plätze als die geplanten 300 außerhalb von Beherbergungsbetrieben zu schaffen, die noch immer die häufigste, aber auch teuerste Unterbringungsart darstelle.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau setzt die geplanten 300 Plätze mit dem Gesamtvolumen der im konventionellen Wohnungsbau geschaffenen Plätze in ganz Köln (unter 3.000 in 2017 und damit erheblich schlechter als geplant) in Relation und betont, dass das anvisierte Ziel der 300 Plätze nicht so wenig ehrgeizig sei wie es zunächst erscheine.

Hinsichtlich der Unterbringungskosten informiert er, dass Notunterkünfte wegen der Kosten für Wachpersonal und Brandschutz nicht erheblich günstiger seien als Beher-

bergungsbetriebe. Unterkünfte im konventionellen Wohnungsbau seien die günstigste und erstrebenswerteste Unterbringungsart. An diesem Ziel werde verstärkt gearbeitet.

Herr Prölß fragt, welche Standorte diejenigen mit geringen Qualitätsanforderungen seien und anhand welchen Maßstabs diese Beurteilung getroffen werde.

RM Frau Hoyer möchte wissen, wie viele Plätze in Beherbergungsbetrieben aufgrund von kurzfristig kündbaren Verträgen abbaubar seien.

Die Verwaltung Frau Adams erklärt, dass die Unterkünfte mit geringen Qualitätsanforderungen vollständig saniert werden müssten, da sie seinerzeit in einer Bauweise errichtet worden seien, die nur eine zeitlich begrenzte Nutzbarkeit zulasse. Die genauen Standorte seien dem großen Bericht zu entnehmen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass es grundsätzlich vertraglich möglich sei, ca. 600 Plätze in Beherbergungsbetrieben abzubauen. Die Schwierigkeit bestehe darin, die Bewohner\*innen anderweitig unterzubringen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.5 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt 1427/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.6 20. Bericht zur Situation Geflüchteter 1354/2018**

Dieser TOP wurde bereits mitbehandelt unter TOP 5.4.

Herr Prölß möchte ergänzend wissen, ob der Zuweisungsstopp verlängert wurde. Er erkundigt sich weiter, ob die Bauzeit bei dem Objekt Trierer Straße, deren geplante Fertigstellung für 2022 vorgesehen die Bauzeit tatsächlich acht Jahre in Anspruch nähme.

Außerdem merkt er an, dass die Einsparungszahlen als auch konkrete Problemstellungen des Auszugsmanagements im Bericht nicht benannt würden.

RM Frau Heuser möchte wissen, ob die allein reisenden bzw. alleinerziehenden Frauen zwischenzeitlich adäquat untergebracht werden konnten.

Weiter fragt sie, was unter „Wohnungssuchende mit Zugangsbeschränkungen“ zu verstehen sei und ob der Bericht des Auszugsmanagements noch vorgelegt werde.

Die Verwaltung Frau Adams antwortet, dass der Zuweisungsstopp bis zum 30.06.2018 verlängert worden sei. Der Planungsbeschluss zum Standort Trierer Straße sei in einer Zeit geschlossen worden, in der vor allem sehr schnell sehr viele Unterbringungsplätze geschaffen werden mussten. Aufgrund dessen habe die Umsetzung dieses Beschlusses noch nicht erfolgen können. Die Verwaltung sei nun aber sehr bemüht, diese Rückstände aufzuarbeiten. Eine längere Bauzeit sei nicht zu erwarten.

Für die nächste Sitzungsfolge ist eine Mitteilung geplant, in der auch auf die möglichen Einsparungen und verschiedene Problembereiche eingegangen werde.

Unter „Wohnungssuchende mit Zugangsbeschränkungen“ seien Personen gefasst, die im Rahmen der Wohnungsversorgung früher vom Wohnungsamt betreut wurden

und die nunmehr in der Lage seien, ein Mietverhältnis zu schließen und eigenständig zu leben, ggf. auch in einer Wohngemeinschaft.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu Förderung von Interkulturellen Zentren aus dem Ausschusses für Soziales und Senioren vom 30.01.2018 1093/2018**

IRM Frau Giurano möchte wissen, ob diejenigen Zentren, die ohnehin gefördert würden, nun nochmals eine weitere Förderung erhielten.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit erklärt, dass diese Mitteilung nur die Antwort auf die Frage gebe, welche Zentren anerkannt seien, aber in 2018 keine Regelförderung erhielten.

Mit der Beschlussvorlage unter TOP 8.3 habe die Verwaltung nunmehr die Restmittel 2018 verteilt. Es gebe grundsätzlich zwei Verfahren: einmal das Verfahren der Anerkennung und dann das Verfahren einer finanziellen Förderung. Anerkannte Zentren könnten einen Antrag auf Förderung stellen, jedoch sei die zur Verfügung stehende Gesamtsumme nicht so groß, dass alle Zentren antragsgemäß gefördert werden könnten. Die Entscheidung für eine Förderung werde nach bestimmten Kriterien entschieden. Jedes anerkannte Zentrum werde über die grundsätzliche Fördermöglichkeit informiert.

IRM Herr Litvinov fragt, wie lange durchschnittlich ein Anerkennungsverfahren dauere.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit antwortet, dass dies unterschiedlich sei und eine Pauschalaussage hierzu nicht getroffen werden könne. Sie könne in der nächsten Sitzung jedoch einen Durchschnittswert nennen.

IRM Herr Bayrakcioglu möchte wissen, ob die anerkannten Zentren im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten begleitet würden.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit teilt mit, dass diejenigen Zentren, die schon einmal eine Förderung erhalten hätten, in den Folgejahren an die Abgabe des Förderantrages erinnert und auf evtl. Fristen hingewiesen würden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Stellungnahme zum Änderungsantrag des Integrationsrates AN/0563/2018 über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Gruppen in Kindertageseinrichtungen 1450/2018**

IRM Herr Vallecoccia teilt mit, dass die Mitteilung noch im AK Erziehung, Bildung und Beruf erörtert werde und kündigt eine Stellungnahme an.

**5.9 Zahlung von Sitzungsgeld und einer pauschalierten Aufwandsentschädigung gem. § 33 GO (AN/0324/2018) 1073/2018**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**5.10 Thema Flüchtlingsunterbringung  
1335/2018**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**6.1 Antrag zum Eckpunktepapier zur Integration von neu zugewanderten  
Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen  
AN/0624/2018**

Der Antrag wurde zurückgestellt.

**6.2 Antrag zur Neubesetzung des Postens einer Sprecherin / eines Spre-  
chers im AK 1 – Kultur und Sport  
AN/0625/2018**

Der Antrag wurde zurückgestellt.

**7 Berichte**

**7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

**7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

**8 Beschlussvorlagen**

**8.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau  
auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-  
Blumenberg - Planungsbeschluss  
0482/2018**

RM Frau Hoyer erkundigt sich nach dem Hintergrund der Reduzierung der Pkw-Stellplätze zugunsten von Fahrrad-Stellplätzen.

Die Verwaltung Frau Adams erläutert, dass in den Gebieten, in denen die ÖPNV-Anbindung gut sei, von der Regelung „je Wohnung ein Stellplatz“ abgewichen werden könne.

Der Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., Gemarkung: Worringen, Flur: 50, Flurstück: 1872 tlw., aufzunehmen.

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen. Die Planungskosten belaufen

sich voraussichtlich auf rund 105.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 105.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 105.000 € zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5199 – Neubau Langenbergstraße – bereitgestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **8.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss 0482/2018**

Der TOP wurde von Seiten der Verwaltung zurückgezogen (s. Behandlung unter TOP 8.1).

### **8.3 Verteilung von Restmitteln zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 - Teil II 1283/2018**

Der Vorsitzende Herr Edis weist die Mitglieder auf eventuell vorliegende Befangenheitstatbestände hin. Er bittet darum, in diesem Falle nicht an der Abstimmung teilzunehmen.

IRM Herr Litvinov erklärt, dass er aktuell nicht mehr Schatzmeister der Partei „Die Einheit“ sei, sondern lediglich eine wöchentliche Bürgersprechstunde als Mitglied des Integrationsrates beim Verein durchführe. Darüber hinaus teilt er folgendes mit:

Die Geschäftsführung des Vereins Atlant e. V. habe sich zwischenzeitlich geändert. Auch gebe es keinen gemeinsamen Telefaxanschluss der Partei „Die Einheit“ und dem Zentrum „Atlant e. V.“ mehr.

Das Zentrum Interkultur e. V. sei auch im Rahmen der politischen Bildung tätig. Er weist darauf hin, dass diese politische Bildung neutral sei.

Hinsichtlich des Tabelleneintrags der Anlage 2 zum Islamischen Kulturverein e. V. möchte er wissen, ob es sich bei der Angabe „24-120 Wochen im Jahr“ um einen Schreibfehler handele oder ob sich der Kurs auf mehr als zwei Jahre erstrecke. In diesem Falle widerspreche dies der Förder-Richtlinie.

Die Verwaltung Frau Rehberg erläutert zur Hinweis auf neutrale politische Bildung, dass die Angebote selbstverständlich auf diese Neutralität hin geprüft würden.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit bestätigt, dass es sich bei der Angabe „120 Wochen im Jahr“ aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Schreibfehler handele.

Die Verwaltung Frau Rehberg sagt zu, diese Angabe zu prüfen und in der nächsten Sitzung entsprechend darüber aufzuklären.

RM Herr Erkelenz schlägt vor, den Beschluss ohne Votum in den nächsten Ausschuss zu verschieben und fragt ergänzend, ob sich durch die Informationen von Herrn Litvinov die Förderfähigkeit des Zentrums Atlant e. V. geändert habe.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit erklärt, dass mit dem Zentrum Atlant e. V. über einen längeren Zeitraum Gespräche geführt wurden. Eine ausreichende Trennung zwischen Partei und Verein habe es zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben. Auf dieser Grundlage wurde die Entscheidung für 2018 getroffen. In 2019 könne die Förderfähigkeit selbstverständlich erneut geprüft werden.

Der Vorsitzende Herr Edis schlägt vor einen Beschluss, unter Vorbehalt einer kurzfristigen Klärung der offenen Fragestellung zu fassen.

**Beschluss unter Vorbehalt:**

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2018 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2018 in verbleibender Höhe von 44.000 € gemäß Anlage 2.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Vorbehalt.

Die Anlage 2 weist auf Seite 2 in der Zeile „Islamischer Kulturverein e. V.“ in der Spalte „Kursangebote“ die Angabe „24-120 Wochen im Jahr“ aus. Bei der Angabe „120“ handelt es sich evtl. um einen Tippfehler, dessen Klärung die Verwaltung bis zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 17.05.2018 zusagt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei 7 Enthaltungen. Frau Giurano hat aus Befangenheitsgründen nicht an der Abstimmung teilgenommen.

**9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

IRM Herr Litvinov weist darauf hin, dass die Vorlage Nr. 0946/2018 „Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018, hier: Abschlussveranstaltung zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“ dem Integrationsrat noch zur Kenntnis vorgelegt werden sollte, da dieser in der Beratungsfolge nicht mehr erreicht werden konnte.

Die Verwaltung Frau Rehberg sagt zu, dass dies in der nächsten Sitzung erfolgen werde.

IRM Herr Bayrakcioglu weist nochmals auf die geplante Aktion zur Solidarisierung mit den jüdischen Kölner\*innen (gemeinsames Foto mit Kippa vor dem Rathaus) hin.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis schließt die Sitzung und dankt den Anwesenden für Ihr Kommen.